



Demokratische
Jurist*innen
Zürich

Jahresbericht der DJZ 2023

Mitglieder

Im Jahr 2023 traten 23 Neumitglieder den DJZ bei. 18 Mitglieder traten aus dem Verein aus, 5 Mitglieder mussten aufgrund Nichtbezahlung des Mitgliederbeitrags ausgeschlossen werden, es gab einen Sektionswechsel und einen Todesfall.

Die DJZ gedenken dem verstorbenen Edmund Schönenberger, der ein engagiertes DJZ-Mitglied aus der Gründerzeit war. Er leistete wichtige Pionierarbeit in der Advokatur, bei der Erstreitung eines Haftgerichts und beim Rechtsschutz gegen medizinische Zwangseinweisungen.

Ende Jahr zählten die DJZ 403 Mitglieder.

Veranstaltungen

Infoveranstaltung zur Anwaltsprüfung am 7. Februar 2023

Am 7. Februar 2023 fand die regelmässig von den DJZ zusammen mit dem Zürcher Auditoren und Gerichtsschreiber Verein (ZAG) organisierte Infoveranstaltung zur Anwaltsprüfung statt. Die Veranstaltung war auch dieses Mal sehr gut besucht. Die Anwaltsprüfungskandidat*innen hatten dabei die Gelegenheit, sich bei Mitgliedern der Anwaltsprüfungskommission über Inhalt und Ablauf der Prüfungen zu informieren.

Veranstaltung «Elternvertretung im Kindesschutzverfahren» am 23. Februar 2023

An unserer Veranstaltung vom 23. Februar 2023 befassten wir uns mit den Rollen und Möglichkeiten der Rechtsvertretungen von Eltern im Kindesschutzverfahren. Anhand eines Praxisbeispiels und mit Fokus auf Rechtsvertreter*innen der Eltern stellten die Referent*innen und DJZ-Mitglieder Ingrid Indermaur und Stefan Blum aktuelle Fragen und Herausforderungen im Rahmen des Kinderschutzverfahrens vor. Es wurden spannende Diskussionen und ein wertvoller Austausch ermöglicht, in welchem sich auch diverse Fachpersonen aus dem Kindesschutzbereich einbrachten.

Jahresversammlung am 23. Mai 2023

Die Jahresversammlung fand am 23. Mai 2023 im Gelben Saal im Volkshaus statt. Liliane Blum wurde als langjähriges und engagiertes Vorstandsmitglied verabschiedet und verdankt. Die bisherigen Vorstandsmitglieder Antigone Schobinger, Julia Heer, Karl Kümin, Raphael Moos, Nadja Zink und Adam Arend wurden wiedergewählt. Neu in den Vorstand gewählt wurden Lea Fritsche und Mara Maggi.

Anschliessend wurden Statuten- und Mitgliederanträge diskutiert, darunter auch Anträge betreffend den Web-Auftritt der DJZ. Es wurde beschlossen, den Prozess für einen neuen Web-Auftritt weiterhin mit den DJS zu bestreiten, diesen aber voranzutreiben und stärker zu priorisieren. Obwohl der DJZ-Vorstand sich intensiv bemühte, führten der Umfang und die Komplexität des Projekts zu weiteren Verzögerungen. Die Entwicklung des neuen Web-Auftritts erforderte eine intensive Koordination mit allen DJS-Sektionen und der beauftragten Grafikfirma. Der DJZ-Vorstand bedauert die entstandenen Verzögerungen, sieht jedoch das koordinierte Vorgehen als unerlässlich für einen einheitlichen und ansprechenden neuen Web-Auftritt.

Nach dem statutarischen Teil hielt Marcel Bosonnet, langjähriges DJZ-Mitglied und Rechtsanwalt, ein Referat zur Thematik «Klima, Recht und Gerechtigkeit». Ausgehend von zahlreichen Urteilen gegen Klimaaktivist*innen wurde versucht, das Gehalt und Potenzial des bürgerlichen Rechts und auch der Menschenrechte in diesem Bereich auszuloten. Anschliessend fand eine angeregte Diskussion zu den aufgeworfenen Fragen statt.

Veranstaltung «Folgen des neuen Datenschutzgesetzes für die Anwaltskanzlei» am 22. August 2023

Am 1. September 2023 traten das neue Bundesgesetz über den Datenschutz (DSG) und die zugehörigen Verordnungen in Kraft. Dies erforderte in Anwaltskanzleien konkrete Umsetzungsmassnahmen, doch gab es bis anhin nur wenige Publikationen zum neuen Datenschutzrecht in Anwaltskanzleien. An unserer Veranstaltung, die sich insbesondere an kleinere und mittlere Anwaltskanzleien richtete, wollten wir hier eine Lücke füllen. DJS-Mitglied, Rechtsanwalt und Datenrechtexperte Daniel Kettiger führte in einem Referat durch die wichtigsten Leitfragen bezüglich der Implementierung des DSG und bot einen Überblick über die wichtigsten Folgen und Umsetzungspunkte des neuen Datenschutzrechts für Anwaltskanzleien.

Sommerfest am 7. September 2023

Das alljährliche Sommerfest der DJZ fand am 7. September 2023 in der Wirtschaft Ziegelhütte statt. Es erfreute sich wieder grosser Beliebtheit und bot Raum für einen anregenden Austausch und spannende Gespräche. Die anwesenden Mitglieder genossen ein gutes Essen in angenehmer Atmosphäre.

Informationsveranstaltung und Führung durch das ZAA am 27. September 2023

Im Rahmen einer Informationsveranstaltung inklusive Führung erhielt eine Delegation von DJZ-Mitgliedern am 27. September 2023 einen Einblick in das Zentrum für ausländerrechtliche Administrativhaft (ZAA) am Flughafen Zürich.

Vertreter*innen des ZAA und des Amtes Justiz und Wiedereingliederung (JuWe) führten die Delegation durch das ZAA und präsentierten abgeschlossene, laufende und kommende Projekte, darunter das Umbauprojekt und Verbesserungen der Haftbedingungen. Im Anschluss fand ein kritischer, aber konstruktiver Austausch statt. Die DJZ werden die Entwicklungen in und um das ZAA weiterhin kritisch begleiten und auch in den kommenden Jahren Veranstaltungen und Austauschmöglichkeiten zu dieser Thematik schaffen.

Veranstaltung «Das aktuelle DNA-Profil-Gesetz – kosmetische Revision oder Ausbau der Kontrollkultur?» am 5. Oktober 2023

Das am 1. August 2023 in Kraft getretene revidierte DNA-Profil-Gesetz gibt Strafverfolgungsbehörden die Möglichkeit der DNA-Phänotypisierung. Bis anhin waren diese Analysen aufgrund grundrechtlicher, ethischer und fachlicher Bedenken verboten.

An unserer Veranstaltung vom 5. Oktober 2023 orientierte Rechtsanwalt und DJZ-Mitglied Stephan Bernard in einem Referat darüber, welche Neuerungen das revidierte DNA-Profil-Gesetz mit sich gebracht hat. Dabei stand insbesondere die Frage im Zentrum, ob es bislang und künftig überhaupt effektive Verteidigungsspielräume gibt. Im Anschluss an das Referat wurde eine offene Diskussion zur Thematik und die gegenwärtigen rechtspolitischen Entwicklungen geführt.

Filmscreening des Filmes FLEE und Bericht von der rechtlichen Aufarbeitung des «Pylos shipwreck» am 9. Dezember 2023

An unserer Veranstaltung vom 9. Dezember 2023 im Kino Xenix schauten wir den animierten Dokumentarfilm FLEE, der die Geschichte von Amin Nawabi erzählt, der vor rund 20 Jahren aus Afghanistan flüchten musste. Der Film schildert neben den Folgen der Machtübernahme der Taliban auch die inhumanen Bedingungen auf seiner Flucht nach Europa.

Die Inhalte des Films sind noch immer sehr aktuell, da auch heute viele Menschen auf der Flucht nach Europa mit Gewalt und geschlossenen Grenzen konfrontiert sind. Vor diesem Kontext berichteten Vertreter*innen des Legal Center Lesvos und des Watch the Med Alarm Phone von der rechtlichen Aufarbeitung des «Pylos shipwreck». Zudem wurde der von den DJS ins Leben gerufene «Pushback Litigation Support Fund» vorgestellt, welcher die Unterstützung von Verfahren gegen solche gravierenden Rechtsverletzungen zum Zweck hat.

Stellungnahmen

Vernehmlassung zur Teilrevision des Kantonalen Polizeigesetzes

Mit der Teilrevision des Polizeigesetzes sollen die Grundlagen für weitergehende Teilhabe des Kantons Zürich an korps- und kantonsübergreifenden Informationssystemen und einen vereinfachten Datenaustausch mit kommunalen, kantonalen, nationalen und internationalen Behörden geschaffen werden.

In unserer Vernehmlassungsantwort wiesen wir auf die Gefahren der Nutzung solcher Informationssysteme, insbesondere im Umgang mit besonders schützenswerten Personendaten, hin. Wir forderten, dass die Verhältnismässigkeit des jeweiligen Eingriffs gewahrt wird und konkrete gesetzliche Schranken und Kontrollmechanismen bestehen, um den Schutz vor Missbrauch persönlicher Daten zu gewährleisten.

Wir äusserten uns kritisch zum geplanten Ausbau des automatisierten Informationsaustausches und dem Abrufverfahren, durch welches Polizist*innen nahezu uneingeschränkt Zugriff auf schweizweite und internationale Datenbanken erhalten würden, was aus grundrechtlicher und datenschutzrechtlicher Perspektive höchst problematisch ist. Wir kritisierten weiter, dass die Voraussetzungen für die polizeilichen Observationsmassnahmen zu niedrig sind und im Vorentwurf dafür eine ungenügend klare formell-gesetzliche Grundlage besteht.

Auskunftsgesuch bei den Bezirksgerichten

Im Januar 2023 erfragten die DJZ wie bereits im Jahr zuvor via Auskunftsgesuch bei den Bezirksgerichten statistische Auswertungen im Bereich der Ausländerrechtlichen Zwangsmassnahmen, Fürsorgerischen Unterbringungen sowie zu Untersuchungs- und Sicherheitshaft. Das Zahlenmaterial aus dem Jahr 2022 bestätigte in einigen Bereichen die im Jahr zuvor durch die Auswertungen aufgezeigten Missstände.

So waren die Vertretungsverhältnisse im Bereich der fürsorgerischen Unterbringungen auch im Jahr 2023 auffallend niedrig. Der DJZ-Vorstand sieht hier weiterhin grossen Handlungsbedarf. Vorstandsmitglied Lea Fritsche und Geschäftsführerin Leandra Columberg haben sich dazu auch mit Vertreter*innen von pro mente sana ausgetauscht. Ausserdem möchten sich die DJZ im Rahmen der anstehenden Revision des EG KESR diesbezüglich einbringen.

Auch die Gutheissungsquote bei den Zwangsmassnahmengerechten war mit über 90% noch immer erschreckend hoch. Es wurde also praktisch immer zugunsten der Staatsanwaltschaft entschieden.

Der DJZ-Vorstand wird das mittels Auskunftsgesuch erhaltene Zahlenmaterial auch in den kommenden Jahren anfragen und die Thematik weiterhin kritisch begleiten.

Gemeinsame Stellungnahme: Ausschreibung zur MNA-Betreuung verstösst gegen die Kinderrechtskonvention

Im Zentrum Lilienberg, einer Grossunterkunft für unbegleitete minderjährige Geflüchtete (MNA), wurden in den vergangenen Jahren gravierende Missstände festgestellt: Platzmangel wegen Überbelegung, Ressourcenknappheit und zu wenig geschultes Personal verunmöglichten eine kindgerechte Betreuung der Jugendlichen. Eine externe Untersuchung zeigte den systemischen Charakter der bestehenden Missstände als Folgen des Unterbringungs- und Betreuungssystems auf.

Spätestens nach Ablauf des bisherigen MNA-Leistungsauftrags Ende Februar 2024 hätten diese strukturellen Missstände nachhaltig behoben werden müssen. Die im Juli 2023 durch das kantonale Sozialamt veröffentlichte Submission zur Leistungserbringung im Bereich der Unterbringung und Betreuung von MNA im Kanton Zürich enthielt allerdings nicht die erforderlichen Kriterien, um das Kindeswohl der geflüchteten Jugendlichen zu garantieren.

In einer gemeinsamen Stellungnahme mit dem Netzwerk MNA und dem Verein Kinderanwaltschaft Schweiz wandten sich die DJZ mit einem Kurzgutachten an die Zürcher Regierung. Darin kritisierten wir die vorliegenden Submissionsunterlagen und stellten fest, dass diese insbesondere mit Blick auf das Diskriminierungsverbot sowie die spezifischen Garantien aus der Kinderrechtskonvention ungenügend sind. Wir forderten das kantonale Sozialamt und den Zürcher Regierungsrat dazu auf, der Einhaltung der Kinderrechte höchstes Gewicht beizumessen und im weiteren Submissionsverfahren vorrangig zu berücksichtigen.

Als Folge davon lud uns die Stadt Zürich, die einen Leistungsauftrag mit der Asylorganisation Zürich (AOZ) in diesem Bereich abgeschlossen hat, zu einem Austausch zur MNA-Betreuung mit dem Fokus UN-Kinderrechtskonvention ein. Vorstandsmitglied Rechtsanwältin Mara Maggi, DJZ-Mitglied Rechtsanwalt Matthias Wäckerle sowie Patrizia Carú vom Verein Kinderanwaltschaft Schweiz nahmen im Dezember daran teil. Die Stadt Zürich zeigte sich offen für die Kritik der DJZ; gleichwohl wurden aber auch die Grenzen der Handlungsmöglichkeiten der Stadt im Bereich MNA diskutiert. Erfreulich ist, dass sich die Stadt Zürich auch zukünftig für einen Austausch mit den DJZ diesbezüglich bereit erklärt hat. Das Kantonale Sozialamt unter der Leitung von Regierungsrat Mario Fehr hat indessen bis heute nicht auf die Stellungnahme reagiert.

Nationale Stellungnahmen

Die DJS liessen sich auf nationaler Ebene im Jahr 2023 zu folgenden Vorlagen vernehmen:

- Vernehmlassung zum Bundesgesetz über den Handel mit Foltergütern
- Vernehmlassung zur Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes: Bei häuslicher Gewalt die Härtefallpraxis nach Artikel 50 AIG garantieren
- Vernehmlassung zur Auswertung elektronischer Datenträger von Asylsuchenden
- Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte

- Vernehmlassung zur Änderung des Strafgesetzbuches (Reform der lebenslangen Freiheitsstrafe)

Die Stellungnahmen im Namen der DJS können unter www.djs-jds.ch eingesehen werden, diejenige im Namen der DJZ unter www.djz.ch.

Weiteres Engagement der DJZ

Teilnahmerechte von Klimaaktivistinnen im Ausstandsverfahren verletzt – BGer heisst Beschwerde von DJZ-Anwältinnen gut

Das Obergericht Zürich entzog dem Bezirksrichter Roger Harris wegen angeblicher Befangenheit am 14. November 2022 zwei Strafverfahren betreffend Klimademonstrationen. In der Begründung hiess es, der urteilende Richter sei nicht bereit «seine Auffassung betreffend die Rechtsprechung des EGMR jeweils aufs Neue zu hinterfragen». Harris sprach im September 2022 in zwei Klimafällen Freisprüche aus. Er kündigte Zeitungsberichten zufolge an, bei Verfahren wegen unbewilligter Demonstrationen künftig der Praxis des EGMR zu folgen. Dieser erachtet Strafen wegen unbewilligter Demonstrationen in der Regel als Verstoss gegen die Meinungsäusserungsfreiheit.

DJZ-Vorstandsmitglieder Antigone Schobinger und Adam Arend nahmen in einem Gastbeitrag im Tagesanzeiger zum unüblichen Vorgehen des Obergerichts Stellung und kritisieren darin das Vorgehen und den Entscheid der III. Strafkammer.

Im Falle von zwei Klimaaktivistinnen, deren Verfahren eigentlich erstinstanzlich von Bezirksrichter Roger Harris hätten beurteilt werden sollen, entzog das Obergericht Zürich auf Antrag der Staatsanwaltschaft mit zwei Ausstandsbeschlüssen Bezirksrichter Harris später diese Verfahren. Die beiden Klimaaktivistinnen, vertreten durch die DJZ-Mitglieder Rechtsanwältin Ursula Weber und Rechtsanwältin Nicole Fässler, erhoben gegen die Ausstandsbeschlüsse Beschwerde am Bundesgericht.

Das Bundesgericht hob die Ausstandsbeschlüsse des Zürcher Obergerichts auf. Es hielt fest, dass die Teilnahmerechte der beschuldigten Klimaaktivistinnen verletzt wurden und das Obergericht ihnen im Ausstandsverfahren Parteistellung hätte einräumen müssen. Folglich musste das Obergericht das Ausstandsverfahren erneut durchführen.

Schreiben an die Oberstaatsanwaltschaft betreffend Tagessatzhöhe bei Nothilfebezüger*innen

Vorstandsmitglied Adam Arend und DJZ-Mitglied RA Matthias Wäckerle verfassten ein Schreiben an die Oberstaatsanwaltschaft nachdem sich wiederholt Mitglieder bei der DJZ mit der Information gemeldet hatten, dass Nothilfebeziehenden trotz unbestrittener Bedürftigkeit Geldstrafen mit einer Tagessatzhöhe von CHF 30.- anstatt wie vorgesehen CHF 10.- festsetzten. Teilweise hielten die Staatsanwaltschaften auch auf Einsprache hin an der Tagessatzhöhe fest und verwiesen dabei auf interne Richtlinien.

Die DJZ informierten in Ihrem Schreiben über dieses Vorgehen und ersuchten gestützt auf die Kantonsverfassung und das IDG um Auskunft, Zustellung sowie Anpassung der entsprechenden Weisungen. Die Oberstaatsanwaltschaft verneinte in Ihrer Auskunft das Bestehen von Weisungen in diesem Bereich. Bei Bedarf kann dieses Schreiben im Einzelfall zur Durchsetzung des Tagessatzes von CHF 10.- bei Nothilfebeziehenden vom DJZ Vorstand erhältlich gemacht werden.

Motion zur Rückerstattungspflicht der Erben beim Bezug von Ergänzungsleistungen

Auf Anregung des DJZ-Mitglieds Rechtsanwältin Claudia Schaumann verfassten die DJZ für die DJS eine Stellungnahme zur Motion «Rückerstattungspflicht der Erben gemäss Artikel 16a ELG korrigieren». Dies, da aus Sicht der DJZ die derzeit bestehende Ungleichbehandlung zwischen Mieter*innen und Grundeigentümer*innen bei den Ergänzungsleistungen im Rahmen der Motion keine Berücksichtigung findet und bei einer Umsetzung der Motion eine Perpetuierung der Bevorzugung von Grundeigentümer*innen gegenüber Mieter*innen droht. Auf diese Problematik ging die Stellungnahme vertieft ein.

Die Stellungnahme liessen wir ausgewählten Personen der Politik zukommen und tauschten uns anschliessend mit diesen aus. DJZ-Vorstandsmitglied Nadja Zink wird dieses Thema für die DJS weiter begleiten.

Treffen mit dem Sozialdepartement der Stadt Zürich betreffend Pilotprojekt Wirtschaftliche Basishilfe

Gegen das Pilotprojekt wirtschaftliche Basishilfe wurde im Juli 2021 eine Aufsichtsbeschwerde beim Bezirksrat eingereicht, welcher der Beschwerde Folge geleistet hatte und den Stadtrat anwies, das Projekt einzustellen. Der Stadtrat sah keine Verletzung gegen übergeordnetes Recht und kündigte an, Rekurs einzulegen. Die Rekurschrift wurde aufgrund eines Fehlers seitens Staatskanzlei nicht fristgerecht der Post übergeben und dadurch war der Stadtrat gezwungen, den Rekurs zurückzuziehen.

Nun soll es einen neuen Anlauf geben für das Pilotprojekt wirtschaftliche Basishilfe der Stadt Zürich. Zu diesem Zweck nahm Vorstandsmitglied Mara Maggi an einem Austausch mit Vertreter*innen des Sozialdepartements der Stadt Zürich teil. Dabei wurden Rechtsfragen rund um allfällige neue Aufsichtsbeschwerden diskutiert. Die DJZ werden weiterhin in Austausch mit dem Sozialdepartement bleiben und sich in beratender Funktion für eine Ermöglichung des Pilotprojekts einsetzen.

Treffen mit Vertreter*innen der UGZ

Vorstandsmitglieder Antigone Schobinger und Adam Arend nahmen am 2. Juni und am 24. November an Austauschtreffen mit Vertreter*innen der Untersuchungsgefängnisse Zürich (UGZ) teil.

Die Vertreter*innen des UGZ informierten über diverse Projekte und Entwicklungen, darunter den Umbau des Gefängnis Pfäffikon, Entwicklungen im Gefängnis Zürich West GZW (u.a. die Inbetriebnahme der Untersuchungshaft). Ausserdem wurde ein neues Resozialisierungsprojekt vorgestellt, welches ein Stressbewältigungsprogramm in der Haft beinhaltet. Weitere ähnliche Treffen zusammen mit Vertreter*innen des Picketts Strafverteidigung und des Züricher Anwaltsverbands sind geplant.

Teilnahme an Workshop zum Rechtsetzungsprojekt «Digitale Basisdienste»

Vorstandsmitglied Antigone Schobinger nahm am 22. August 2023 an einem Workshop des Kantons Zürich zum Rechtsetzungsprojekt «Digitale Basisdienste (DigiBasis)» teil. In diesem Rahmen wurde das geplante Rechtsetzungsprojekt im Bereich der digitalen Verwaltung vorgestellt und Rückmeldungen dazu aufgenommen. Das Projekt betrifft unter anderem auch die Organisation der informellen Kommunikation mit Behörden, das interne Verwaltungsverfahren und die Schnittstelle zum strittigen Verfahren.

Die Staatskanzlei, die das Projekt leitet, hat die DJZ als Interessensvertreterin potenzieller Nutzer*innen an den Workshop eingeladen. Anwesend waren Vertreter*innen verschiedenster zivilgesellschaftlicher Organisationen, die regelmässig mit der Verwaltung zu tun haben. Antigone Schobinger hat diverse Anliegen der DJZ eingebracht, darunter die Bedeutung der Grundrechtssensibilität und

des Datenschutzes und ausserdem die Haltung vertreten, dass auch analoge Kommunikationswege möglich bleiben müssen, damit keine Personengruppen vom Zugang zur Verwaltung ausgeschlossen werden.

Die DJZ werden sich ausserdem an der Vernehmlassung zu diesem Rechtssetzungsprojekt beteiligen und dort ihre diversen Anliegen einbringen.

DJZ-Seniors Treff

Am 24. November 2023 fand im Café Boy das erste "DJZ-Seniors-Treffen" statt, welches von Werner Kallenberger organisiert und von weiteren langjährigen DJZ-Mitgliedern unterstützt wurde. Dabei wurde ein Rahmen für einen lockeren, freundschaftlichen Austausch und Vernetzung unter DJZ-Mitgliedern im Pensionsalter geschaffen.

Finanzielle Unterstützung

Die DJZ unterstützen nach Möglichkeit Prozesse mit Grundsatzcharakter mit einem finanziellen Beitrag, meist in Form einer subsidiären Kostengutsprache. Im Jahr 2023 haben die DJZ lediglich zwei solche Anfragen von Mitgliedern erhalten.

Die DJZ unterstützten im Jahr 2023 folgende Prozesse:

- Fr. 2000.- subsidiäre Kostengutsprache an Rechtsanwalt Stephan Bernard für eine Beschwerde an den EGMR betreffend Teilnahmerechte an gutachterlichen Explorationsgesprächen im Strafverfahren.
- Je Fr. 1000.- subsidiäre Kostengutsprache an Rechtsanwältin Ursula Weber und Rechtsanwältin Nicole Fässler für die Beschwerden ans Bundesgericht gegen die Verletzung der Teilnahmerechte von Klimaaktivist*innen im Ausstandsverfahren

Vernetzung/Kooperation

Kritische Jurist*innen

Die DJZ arbeiteten nach wie vor mit den Kritischen Jurist*innen – einer Gruppe von linken Jus-Studierenden der Universität Zürich – zusammen. Mehr Informationen zu den kritischen Jurist*innen findet ihr auf Instagram (www.instagram.com/krijur.zh).

Demokratische Jurist*innen Schweiz (DJS)

Auch im Jahr 2023 fanden fünf DJS-Sitzungen statt, an welchen sich in der Regel mindestens ein*e Vertreter*in der DJZ beteiligte. Die Delegiertenversammlung 2023 fand am 3. Juni in Lausanne statt.

Essen der oberen Gerichte und des Zürcher Anwaltsverbandes (ZAV)

Die DJZ wurden zu den Jahresessen des Verwaltungsgerichts, des Obergerichts, des Sozialversicherungsgerichts und des ZAV eingeladen. An diesen Essen nahmen jeweils Vertreter*innen der DJZ teil und nutzten die Möglichkeit im persönlichen Gespräch für die DJZ wichtige Themen wie den Ausbau des Rechtsschutzes anzusprechen.

Austausch mit dem Verwaltungsgericht Zürich und weiteren Behörden

Die DJZ wurden vom Verwaltungsgericht Zürich für einen Austausch über aktuelle Anliegen eingeladen. Im Vorfeld riefen die DJZ die Mitglieder dazu auf dem Vorstand ihre Anliegen zu melden. Zwei Vertreterinnen des Vorstandes brachten diese Anliegen wie bspw. das Thema unentgeltliche Rechtspflege anschliessend im Austausch mit dem Verwaltungsgericht ein.

Zürich, im April 2024



Für den DJZ-Vorstand

Leandra Columberg, Geschäftsführerin